



Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: Beantwortung Interpellation [2014/154](#) von Landrätin Florence Brenzikofer, Grüne Fraktion, vom 8. Mai 2014 betreffend Klimaschutz im Kanton Basel-Landschaft

Datum: 24. Juni 2014

Nummer: 2014-154

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

**Vorlage an den Landrat****Beantwortung Interpellation [2014/154](#) von Landrätin Florence Brenzikofer, Grüne Fraktion, vom 8. Mai 2014 betreffend Klimaschutz im Kanton Basel-Landschaft**

vom 24. Juni 2014

1. Ausgangslage

Am 8. Mai 2014 reichte Landrätin Florence Brenzikofer, Grüne Fraktion, die Interpellation [2014/154](#) betreffend Klimaschutz im Kanton Basel-Landschaft mit folgendem Wortlaut ein:

Die Menschen stossen jedes Jahr mehr Treibhausgase aus. Gemäss einem Forschungsbericht der NASA fanden die neun wärmsten Jahre seit Messbeginn alle nach 2000 statt.¹

Der Klimawandel schreitet ungebremst voran und Lösungen sind in weiter Ferne. Auch die Schweiz wird mit gravierenden Konsequenzen zu kämpfen haben. Die 2°C - Grenze, welche von der internationalen Staatengemeinschaft angestrebt wird, wird schon vor 2040 überschritten werden. Bis Ende des Jahrhunderts kann die Temperatur bis 6°C steigen. Sommertrockenheit und Probleme bei der Trinkwasserversorgung, Überschwemmungen, häufigere starke Unwetter, Geröll- und Felsstürze in den Alpen und das Abschmelzen unserer Gletscher sind nur einige der möglichen Auswirkungen.²

Der Klimawandel wird soziale und wirtschaftliche Kosten mit sich bringen und stellt das grösste globale Umweltproblem des 21. Jahrhunderts dar.

Am 29. März 2014 ist der zweite und am 12. April 2014 der dritte Teilbericht des fünften IPCC Berichtes (Intergovernmental Panel in Climate Change) erschienen. Der zweite Teilbericht diskutiert die sozio-ökonomischen und ökologischen Folgen des Klimawandels und mögliche Anpassungsstrategien. Der dritte Teilbericht befasst sich mit den Möglichkeiten der Prävention.

In Bezug auf diese Berichte und auf die Klimapolitik, die der Kanton Basel-Landschaft verfolgt, bitte ich die Regierung folgende Fragen schriftlich zu beantworten:

1. *Wie reagiert der Regierungsrat auf die aktuellen, oben genannten Teilberichte des 5. IPCC Berichtes?*

¹ NASA & NOAA, Analysis of Temperature 2012, www.nasa.gov

² CH2011 (2011), Swiss Climate Change Scenarios CH2011, by C2SM, MeteoSwiss, ETH, NCCR Climate, and OcCC, Zurich

2. Was für Folgen des Klimawandels sieht der Regierungsrat konkret für unseren Kanton?
 - a. Bereits jetzt?
 - b. In den nächsten 5 bis 10 Jahren?
 - c. In mehr als 10 Jahren?

3. Am 10. April hat der Landrat das Erstellen eines Klimafolgenberichtes abgelehnt (Postulat [2011/278](#) von Marie-Theres Beeler). Wie gedenkt der Kanton auf die Gefahren und Folgen des Klimawandels zu reagieren?
 - a. Im Bereich der Symptombekämpfung?
 - b. Im Bereich der Prävention?
 - c. Welches sind die konkreten Projekte zu den obigen Punkten in den einzelnen Direktionen (Klimaschutz als Querschnittsthema)?

4. Mit welchen finanziellen Auswirkungen rechnet der Regierungsrat infolge des Klimawandels im Kanton Basel-Landschaft?

2. Die gestellten Fragen beantwortet der Regierungsrat wie folgt:

Allgemeines

Der Regierungsrat hat zum Thema Klimafolgenbericht für den Kanton Basel-Landschaft im Januar 2014 mit der Beantwortung des Postulats [2011/278](#) von Marie Therese Beeler vom 22. September 2011 ausführlich Stellung genommen. Der Landrat hat an seiner Sitzung vom [10. April 2014](#) mit 52:8 Stimmen das o.g. Postulat mit der LRV [2014/060](#) abgeschrieben.

Zu den Fragen im Einzelnen

1. Wie reagiert der Regierungsrat auf die aktuellen, oben genannten Teilberichte des 5. IPCC Berichtes?

Das Thema Klima wird federführend vom Bereich Umwelt und Energie der Bau- und Umweltschutzdirektion behandelt. Entsprechend werden auch die Berichte des Intergovernmental Panel on Climate Change IPCC zur Kenntnis genommen. Auch der letzte Bericht für den Klimawandel 2013 bestätigt die eindeutige Erwärmung des Klimasystems. Es ist laut Bericht äusserst wahrscheinlich, dass der menschliche Einfluss die Hauptursache der beobachteten Erwärmung seit Mitte des 20. Jahrhunderts ist. Weiterhin werden folgende Massnahmen angesprochen:

1. Die Begrenzung des Klimawandels erfordert beträchtliche und anhaltende Reduktionen der Treibhausgas-Emissionen. Darin sind die CO₂ Emissionen enthalten.

2. Die Gegensätze in den Niederschlägen zwischen trockenen und feuchten Regionen und zwischen feuchten und trockenen Jahreszeiten werden zunehmen. Der globale Wasserkreislauf wird sich stark ändern.

2. *Was für Folgen des Klimawandels sieht der Regierungsrat konkret für unseren Kanton?*
- Bereits jetzt?*
 - In den nächsten 5 bis 10 Jahren?*
 - In mehr als 10 Jahren?*

Wie im 5. IPCC Bericht erneut bestätigt und auch auf unserer regionalen Ebene im Kanton Basel-Landschaft spürbar, steht vor allem der Bereich Wasser für die Klimafolgen im Vordergrund. Massnahmen werden sich deshalb auf die Wasserversorgung, den Hochwasserschutz sowie auf potentielle Schäden durch Unwetter konzentrieren.

3. *Am 10. April hat der Landrat das Erstellen eines Klimafolgenberichtes abgelehnt (Postulat [2011/278](#) vom Marie-Theres Beeler). Wie gedenkt der Kanton auf die Gefahren und Folgen des Klimawandels zu reagieren?*
- Im Bereich der Symptombekämpfung?*
 - Im Bereich der Prävention?*
 - Welches sind die konkreten Projekte zu den obigen Punkten in den einzelnen Direktionen (Klimaschutz als Querschnittsthema)?*

Mit dem Bericht zum Postulat [2011/278](#) hat der Regierungsrat die zahlreichen Aktivitäten im Bereich Klima aufgezeigt. Darunter auch den CHF 70 Mio. schweren Aktionsplan Anpassung an den Klimawandel bis 2017 des Bundes. Auf kantonaler Ebene hat der Regierungsrat als wichtigste Präventionsmassnahme; d.h. zur Reduzierung der Treibhausgase und CO₂ Emissionen, seine Energiestrategie 2012 verabschiedet. Diese setzt in erster Linie auf die Effizienzmassnahmen im Gebäudebereich. Durch Sanierungsmassnahmen wird Energie eingespart und somit Emissionen bei der Wärmeerzeugung reduziert. Die laufende Totalrevision des kantonalen Energiegesetzes berücksichtigt die Energiestrategie 2012 des Regierungsrates.

Im Bereich Klimafolgen bzw. Symptombekämpfung hat der Regierungsrat seine Wasserstrategie auch im Jahr 2012 verabschiedet. Dazu noch Anfang 2014 ein entsprechendes Massnahmenpaket. Dieses enthält Massnahmen auch im Bereich Wasserversorgung und Hochwasserschutz.

Über die Energiestrategie und Wasserstrategie sowie deren Massnahmen wurde die Öffentlichkeit und auch die Umwelt- und Energiekommission des Landrats informiert. Alle Informationen sind zusätzlich im Internet abrufbar.

Mit diesem Vorgehen in den Bereichen Emissionen (Energiestrategie) und Wasserkreislauf (Wasserstrategie) befindet sich der Kanton Basel-Landschaft auf dem empfohlenen Weg des 5. IPCC Berichtes.

Zudem ist im Kanton Basel-Landschaft am 01.01.2014 die unter ökologischen Gesichtspunkten revidierte Motorfahrzeugsteuer in Kraft getreten. Diese weist ein Bonus-Malus-System auf, das sich nach dem CO₂-Ausstoss bei den Personenwagen und den EURO-Normen bei den Lastwagen und Sattelschleppern richtet. Dabei werden neu erworbene unökologische Fahrzeuge mit einem Malus von bis zu CHF 300.- belegt, während besonders ökologische Fahrzeuge Bonus bis CHF 300.- erhalten. Der Regierungsrat erhofft sich davon eine Lenkungswirkung hin zum Kauf von Fahrzeugen mit geringerem CO₂- bzw. Schadstoff-Ausstoss.

4. *Mit welchen finanziellen Auswirkungen rechnet der Regierungsrat infolge des Klimawandels im Kanton Basel-Landschaft?*

Im Bereich Umsetzung der Energiestrategie wird der Regierungsrat mit der Totalrevision des kantonalen Energiegesetzes die Einführung einer Energieabgabe für die Verdreifachung der Fördermittel im Bereich Energieeffizienz beantragen. Der heutige Verpflichtungskredit von CHF 50 Mio. würde somit durch einen Energieabgabe-Fonds mit rund CHF 150 Mio. ersetzt werden. Diese Summe würde dann neu für Effizienzmassnahmen / Prävention des Klimawandels resp. Reduzierung der CO₂ Emissionen zur Verfügung stehen. Die Totalrevision des kantonalen Energiegesetzes wird noch Ende Juni in die externe Vernehmlassung geschickt. Eine Inkraftsetzung wird voraussichtlich per 1. Januar 2016 erfolgen.

Mit der Verabschiedung des Umsetzungsprogramms zur Wasserstrategie hat der Regierungsrat im April 2014 Massnahmen im Volumen von rund CHF 1.4 Mio. bis Ende 2015 beschlossen. Diese Massnahmen sind komplementär zum o.g. Aktionsplan des Bundes. Über dieses Umsetzungsprogramm wurden die Öffentlichkeit und die UEK des Landrates informiert. Zusätzlich sind die Informationen alle im Internet abrufbar.

Liestal, 24. Juni 2014

Im Namen des Regierungsrates

der Präsident:

Urs Wüthrich-Pelloli

der Landschreiber:

Peter Vetter